

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207.

Dresden, Sonnabend den 6. September 1913.

24. Jahrg.

## Parteigenossen und Reichstagswähler im vierten sächsischen Wahlkreise!

Durch den Tod unseres braven Freundes August Raden ist der vierte sächsische Wahlkreis in die Lage versetzt, das Reichstagsmandat neu zu vergeben. Der Wahltag ist auf den 10. Oktober angelegt.

Das arbeitende Volk im Wahlkreise Dresden rechts der Elbe hat überreichen Anlaß, den Wahltag zu einer kraftvollen Bekundung seiner politischen Ueberzeugung auszunutzen. Die konservative Partei erweist sich andauernd als der Hort aller Widerstände gegen jede Vorwärtswirtschaftlicher Zustände. Diese Partei lauert nur darauf, selbst die kärglichen Rechte, die das deutsche Volk sich erobert hat, wieder zu zerstören. Diese Partei scheut sich nicht, zugunsten einzelner bevorrechteter Eliten alle die Nothstände, unter denen die unbemittelte Bevölkerung leidet, noch zu verschlimmern, das Volk noch mehr mit Steuer und Steuerlasten zu bedrücken. Aber auch die Fortschrittliche Volkspartei muß vom arbeitenden Volk aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. Diese Partei hat auch im jetzigen Reichstag durch ihre Bündnisse mit den großkapitalistischen Nationalliberalen, durch ihr Entgegenkommen an die Forderungen der militaristisch-absolutistischen Reaktions-Regierung hundertfältig den Beweis erbracht, daß ihr der Name einer „Volkspartei“ nicht gebührt. Die werktätige Bevölkerung gelangt vielmehr immer mehr zu der Erkenntnis, daß sie nur in der Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertretung ihrer Interessen hat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit der großen Verstärkung, die sie durch das Vertrauen von 4 1/2 Millionen deutscher Wähler im Januar 1912 erlangte, mit unermüdlichem Fleiß gearbeitet, um die Macht der herrschenden und

ausbeutenden Klassen zu schwächen und für das arbeitende Volk Verbesserungen der Lebenslage zu erkämpfen. Einige wesentliche Erfolge sind auch erzielt worden. Um nur an wenigere zu erinnern: Die Sozialdemokratie hat es durchgesetzt, daß die letzte Steuergesetzgebung des Reiches nicht wieder zu der zuvor stets üblichen Belastung der Unbemittelten geführt hat, sondern daß wenigstens der Anfang mit der Belastung der tragfähigen Schultern gemacht wurde. Die Sozialdemokratie hat einige der schlimmsten Gesetzesbestimmungen der Militärjustiz zur Abschaffung gebracht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ihren Kampf auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens unermüdlich fortführen, damit wir im Deutschen Reiche doch endlich zu freiheitlichen und gerechten Zuständen gelangen.

Darum ist es eine wichtige und dringende Aufgabe, daß der freigewordene Sitz im Reichstage wieder durch einen tüchtigen und aufrechten Mann des Volkes besetzt wird, wie unsere Partei ihn in der Person des Genossen Wilhelm Bud den Wählern vorschlägt.

Mögen alle unsere Parteifreunde und alle freiheitlich gesinnten Männer des vierten Wahlkreises ihr Bestes aufbieten, um in den wenigen Wochen bis zum Wahltag die Agitation in die weitesten Kreise des werktätigen Volkes zu tragen.

Es ist eine Ehrensache für die Sozialdemokratie Dresdens, daß die Bemühungen der gegnerischen Parteien, uns den Wahlkreis zu entreißen, zu kläglichem Scheitern gebracht werden und daß der Wahlkreis von neuem und mit glänzender Majorität für die Sozialdemokratie wiedergewonnen wird!

## Jeder tue seine Pflicht! Rüstet zum Wahltag!

### Das Erfurter Urteil.

Die Presse aller Parteien stimmt in der Feststellung der Tatsache überein, daß die verhältnismäßige Milderung des Erfurter Schreckensurteils durch das Kriegsgericht nur dem Eingreifen des Reichstags zu danken sei. Merkwürdigerweise scheint sich aber die bürgerliche Presse der grundsätzlichen Bedeutung dieses Vorgangs gar nicht bewußt zu sein, und außerdem vergißt sie ganz zu erwähnen, daß die Initiative des Reichstags eine Initiative seiner sozialdemokratischen Fraktion war. Wären die Sozialdemokraten nicht im rechten Augenblick auf den Plan getreten, dann hätten die Erfurter Verurteilten ins Zuchthaus gemußt, das Gesetz wäre nicht geändert worden, und bei der nächsten Gelegenheit hätte es neue Zuchthausurteile gegeben. Das Verdienst der Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit ist gar nicht zu übersehen. Trotzdem besteht, so weit wir blicken, kein bürgerliches Blatt den Anstand, dieses Verdienst auch ehrlich anzuerkennen.

Die konservativen Blätter haben im allgemeinen nicht den Mut, sich über die Milderung des ersten Urteils infolge der gesetzgeberischen Initiative zu beschweren, und ihnen bleibt ja der Trost, daß auch das zweite Urteil hart genug ist. In der liberalen Presse begegnet man dagegen mehrfach der Meinung, daß die vom Oberkriegsgericht verhängten Strafen

zu den Laten der Angeklagten in keinem richtigen Verhältnis stehen.

Wir vergeichnen nachfolgend eine Reihe von Presstimmen.

Der freikonservativen Post erscheint das Erfurter Urteil zu milde. Das alte Scharfmacherblatt wütet:

„Wohin soll es mit unserer militaristischen Disziplin kommen, wenn so unerhörte und gewaltige Milderungen, wie die von Kriegerleben, so rücksichtslos und „human“ behandelt werden, wie es hier geschehen ist! Angesichts des vorliegenden Urteils sehen wir uns vor die erste Frage gestellt, ob der Reichstag recht daran getan hat, mit allen gegen eine Stimme Milderungen im Militärstrafgesetzbuch einzuführen. Denn wenn von dieser Vergünstigung ein solcher Gebrauch gemacht wird, und wenn die in Erfahrung beobachtete Praxis zur Uebung werden sollte, dann erlösen wir darin eine Abbröckelung preussischer Weisheit in unserem Heer, die uns bedenklicher erscheint als jede Schwärze.“

Das Berliner Tageblatt erwidert auf diesen konservativen Vorwurfsausbruch:

„Diesen Ausbruch ungezügelter Ventalität zurückweisen zu wollen, wäre ein unangebrachtes Entgegenkommen. Es genügt, ihn niedriger zu hängen. Die ausländische Presse wird von solchen Verurteilungen, des Klassenhasses zu verschärfen, so weit als möglich abdrücken und sich umgekehrt die erste Itaque vorlegen, in welcher Weise in der Richtung einer Humanisierung des Militärstrafrechts weiter gearbeitet

werden kann. Denn darüber muß man sich klar sein, daß das vom Reichstag in seiner letzten Sitzung verabschiedete Kriegsrecht nur einen kleinen Anfang bedeutet. Das Militärstrafgesetzbuch steht voll von Härten und Grobheiten. Es bedarf einer gründlichen Revision, soll es auch nur einigermaßen in Einklang mit dem im Volk lebenden Rechtsbewußtsein gebracht werden.“

Die Deutsche Tageszeitung, von der man es natürlich nicht anders erwarten kann, schreibt:

„Ob die Aufrechter eingeschriebene Sozialdemokraten waren, und sich als solche selbst bezeichnet haben, darauf kommt es nicht an. Daß sie im Vortriebe der sozialdemokratischen Anschauungen standen und stehen, daß sie die sozialdemokratische Erziehung genossen haben, das ist in der gestrigen Verhandlung offen und unverkennbar zutage getreten. . . . Der Mann, der sich aufstellte, als müßte er mit seinem sauer erworbenen Gelde die Gendarmen mit durchfüttern, der aber tatsächlich keine Steuern zahlte, das ist ein typischer Genosse. Wenn die Leute mit Recht streng bestraft werden, so ist nicht nur ihre härtere oder geringere Trunkenheit daran schuld, sondern zum guten Teil auch die sozialdemokratische Erziehung, die sie genossen haben. Das ist in der gestrigen Verhandlung klar zutage getreten.“

Man erpart sich, auf solche Niederigkeiten einzugehen, wenn man ihnen entgegenstellt, was selbst ein äußerst gemäßigtes liberales Blatt, die Vossische Zeitung zur selben Sache zu sagen hat:

„Die Leute sind betrunken gewesen; sie haben in der Betrunkenheit Zummheiten gemacht und großen Anflug verübt. Laß